



Freie und Hansestadt Hamburg
Finanzbehörde

- Rahmenvereinbarung -

über die

**Beförderung von Menschen mit Behinderung zu
Kindertageseinrichtungen, Schulen und Tagesförderstätten in
Hamburg für die Schuljahre 2025/2026 bis 2030/2031
(Vertrag)**

Zwischen der

Freie und Hansestadt Hamburg –

Behörde für Schule und Berufsbildung

Hamburger Str. 31

22083 Hamburg

(als Bedarfsstelle)

- im Folgenden „Auftraggeber“ genannt -

und

Auftragnehmer

Adresse

- im Folgenden „Auftragnehmer“ genannt -

wird folgender Vertrag zur Ausschreibung Nr.

geschlossen:

Inhalt

1.	Präambel.....	5
2.	Vertragsgegenstand und Grundlagen	5
3.	Vertragsbestandteile	6
4.	Tourenplanung.....	6
5.	Zuteilung der Touren.....	7
6.	Einsatz von Nachunternehmern.....	9
7.	Datenschutz, Verschwiegenheit.....	11
8.	Veröffentlichung im Transparenzregister	12
9.	Qualitätskontrollen	12
10.	Rechte bei Mängeln, Haftung, Ausschluss von Fahrern/Begleitpersonal 13	
11.	Vertragsstrafe	14
12.	Versicherungen.....	14
13.	Vergütung, Aufrechnung, Zahlungsmodalitäten	15
14.	Regelungen zum Mindestlohn.....	15
15.	Preisanpassungsklausel	16
16.	Anpassungen der Leistung oder Änderung des Leistungsumfangs	17
17.	Vertragslaufzeit und Option.....	18
18.	Kündigungsrecht.....	18
19.	Schlussbestimmungen.....	20

Anlage 1	Leistungsbeschreibung	21
Anlage 2	Liste der zugeteilten Touren.....	22
Anlage 3	Fahrzeugübersicht	23

1. Präambel

- 1.1. Der Auftraggeber hat ein Vergabeverfahren für die Beförderung von Menschen mit Behinderung zu Kindertageseinrichtungen, Schulen und Tagesförderstätten in Hamburg für die Schuljahre 2025/2026 bis 2030/2031 durchgeführt, in dem der Auftragnehmer den Zuschlag für eine Rahmenvereinbarung erhalten hat.
- 1.2. Grundlage dieses Vertrages sind daher auch die von dem Auftragnehmer im Vergabeverfahren übergebenen Nachweise, Bescheinigungen und Erklärungen sowie seine in diesem Vergabeverfahren festgestellte Eignung.
- 1.3. Für den Auftraggeber sind das Fortbestehen dieser Eignung und eine gewissenhafte, zuverlässige und vertragsgemäße Ausführung der Leistungen unter Berücksichtigung der besonderen Anforderungen der zu befördernden Menschen mit Behinderung von wesentlicher Bedeutung.

2. Vertragsgegenstand und Grundlagen

- 2.1. Die zu erbringenden Leistungen umfassen die Beförderung von Menschen mit Behinderung zwischen der Wohnadresse der zu befördernden Personen bzw. vereinbarten Sammelpunkten und den Einrichtungen sowie jeweils die Rückfahrt und ergänzende Sonderfahrten.
- 2.2. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Beförderung der Menschen mit Behinderung zu den jeweiligen Einrichtungen und zurück gemäß den jeweiligen Tourenplänen unter Beachtung der jeweiligen Behinderung durchzuführen und diese sowie weitere Leistungen jeweils gemäß der Leistungsbeschreibung (Anlage 1 zu diesem Vertrag) und den übrigen Anlagen zu erbringen.
- 2.3. Dieser Vertrag bildet die Grundlage für die vertraglichen Beziehungen zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer. Das Ergebnis der Zuteilung der konkreten Touren als Einzelaufträge an den Auftragnehmer wird diesem Vertrag nach Abschluss der Tourenplanung zum Schuljahresbeginn 2025/2026 als Anlage 2 zu diesem Vertrag beigelegt.

3. Vertragsbestandteile

3.1. Bestandteile dieses Vertrages sind in der angegebenen Anwendungsreihenfolge:

- die Leistungsbeschreibung (Anlage 1 zu diesem Vertrag);
- die Liste der zugeteilten Touren (Anlage 2 zu diesem Vertrag);
- die Fahrzeugübersicht (Anlage 3 zu diesem Vertrag);
- das ausgefüllte Teilnahmewettbewerbsformular;
- das letztverbindliche Angebot des Auftragnehmers, welches das Auftragsdurchführungskonzept und Nachhaltigkeitskonzept beinhaltet

3.2. Alle Anlagen sind wesentlicher Bestandteil des Vertrages. Bei Widersprüchen zwischen unterschiedlichen Vertragsbestandteilen gilt die unter Ziffer 3.1 genannte Anwendungsreihenfolge.

3.3. Allgemeine Geschäftsbedingungen (etwa Zahlungs- oder Lieferbedingungen, Angaben über den Erfüllungsort oder den Gerichtsstand) des Auftragnehmers werden ausdrücklich nicht Vertragsbestandteil.

4. Tourenplanung

4.1. Der Auftraggeber aktualisiert rechtzeitig vor Beginn eines jeden Schuljahres die einzelnen Touren entsprechend den veränderten Beförderungsbedarfen und übersendet die aktualisierten Tourenpläne spätestens zwei Wochen vor den Sommerferien dem Auftragnehmer. Weitere Änderungen der Tourenpläne können noch bis zum Ende der Sommerferien vorgenommen werden.

4.2. Der Auftraggeber kann im Schuljahresverlauf wegen veränderter Beförderungsbedarfe weitere Änderungen der einzelnen Touren vornehmen. Die Einzelheiten ergeben sich aus Ziffer 2.1 der Leistungsbeschreibung (Anlage 1 zu diesem Vertrag). Der Auftragnehmer ist an alle Tourenplanänderungen durch den Auftraggeber gebunden.

4.3. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit können Umsetzungen von zu befördernden Personen auf andere Touren erforderlich sein, die auch zum entschädigungslosen Wegfall einzelner Touren führen können. Der Wegfall einer Tour ist dem Auftragnehmer mit einem Vorlauf von einer Woche anzukündigen.

- 4.4. Der Auftraggeber kann dem Auftragnehmer bei veränderten Beförderungsbedarfen zusätzliche Touren zu den vertragsgegenständlichen Preisen anbieten. Das Verfahren zur Zuteilung der zusätzlichen Touren richtet sich sinngemäß nach Ziffer 5 des Vertrages; wobei derjenige Auftragnehmer, der bereits Touren bedingt durch deren ersatzlosen Wegfall verloren hat, bevorzugt berücksichtigt wird.
- 4.5. Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf bestimmte Touren oder auf eine bestimmte Anzahl von Touren.

5. Zuteilung der Touren

- 5.1. Für die Zuteilung der Touren werden die Touren je Fahrzeugkategorie entsprechend ihrer unterschiedlichen wirtschaftlichen Attraktivität nach Länge und angefahrener Einrichtungsart jeweils in drei Cluster wie folgt aufgeteilt (alle angegebenen Tourenlängen ohne Anfahrtspauschale):

1. Cluster

Touren zu Schulen, die länger als 50 km pro Tag sind bzw. Touren zu Kindertageseinrichtungen und Tagesförderstätten, die länger als 40 km sind.

2. Cluster

Touren zu Schulen, die länger als 30 und bis zu 50 km lang pro Tag sind bzw. Touren zu Kindertageseinrichtungen und Tagesförderstätten, die länger als 20 und bis zu 40 km lang pro Tag sind.

3. Cluster

Touren zu Schulen, die bis zu 30 km lang pro Tag sind bzw. Touren zu Kindertageseinrichtungen und Tagesförderstätten, die bis zu 20 km lang pro Tag sind.

5.2. Je Cluster werden die Touren in eine Reihenfolge mit abnehmender Attraktivität gebracht, wobei zuerst alle Touren zu Kindertageseinrichtungen bzw. Tagesförderstätten und anschließend alle Touren zu Schulen nach jeweiliger Länge berücksichtigt werden.

5.3. Sofern die Vergabestelle einheitliche Preise bestimmt hat, wird durch Losentscheid eine Reihenfolge aller Auftragnehmer festgelegt, die für alle Fahrzeugkategorien zu verwenden ist. Je Fahrzeugkategorie und Auftragnehmer wird durch Drittelung der angebotenen Anzahl von Fahrzeugen dieser Fahrzeugkategorie (mit Aufrundung für 1. und 2. Cluster) ermittelt, wie viele Touren je Fahrzeugkategorie, Auftragnehmer und Cluster maximal zugeteilt werden können.

Dann wird je Fahrzeugkategorie und darin je Cluster in der durch Losentscheid ermittelten Reihenfolge der Auftragnehmer und in der nach abnehmender Attraktivität ermittelten Reihenfolge der Touren jeweils eine Tour je Auftragnehmer zugeteilt. Die Zuteilung in diesem Mechanismus wird so lange wiederholt, bis alle Touren des Clusters zugeteilt sind. Wenn schon vorher die oben beschriebene maximal zuteilbare Anzahl von Touren eines Auftragnehmers in diesem Cluster ausgeschöpft ist, wird er bei weiteren Zuteilungen nicht mehr berücksichtigt. Dies gilt auch dann, wenn ein Auftragnehmer in einer Fahrzeugkategorie gar keine Fahrzeuge angeboten hat.

5.4. Sofern die Vergabestelle teilweise verschiedene Preise bestimmt hat, wird je Fahrzeugkategorie eine Reihenfolge der Auftragnehmer nach Wirtschaftlichkeit ihrer Angebote zu den bezuschlagten Preisen festgelegt. Sofern mehrere Vergütungspositionen in den Wettbewerb gestellt wurden, erfolgt die Reihung mit abnehmender Priorität nach dem bezuschlagten Preis der Tagespauschale, des Leistungskilometers und der Tagespauschale für beauftragtes Begleitpersonal. Außerdem wird je Fahrzeugkategorie und Cluster ermittelt, wieviel 15% der zu vergebenden Touren sind (mit Aufrundung).

Dann werden die Touren je Fahrzeugkategorie wie folgt zugeteilt: Für den ersten Auftragnehmer aus der vorstehend ermittelten Reihenfolge der Auftragnehmer werden im 1. Cluster so viele Touren in der nach abnehmender Attraktivität ermittelten Reihenfolge der Touren zugeteilt, bis entweder 15% der zu vergebenden Touren in diesem Cluster zugeteilt sind oder für alle angebotenen Fahrzeuge des Auftragnehmers in dieser Fahrzeugkategorie bereits Touren zugeteilt wurden. Dieses Verfahren wird im 2. und 3. Cluster dieser Fahrzeugkategorie entsprechend fortgesetzt.

Die Zuteilung in diesem Mechanismus wird dann in der vorstehend ermittelten Reihenfolge der Auftragnehmer jeweils für die nächsten Auftragnehmer wiederholt. Wenn die Zuteilung in diesem Mechanismus für alle Auftragnehmer durchgeführt wurde und noch weitere Touren zugeteilt werden müssen, beginnt das Zuteilungsverfahren wieder bei dem ersten Auftragnehmer aus der Reihenfolge der Auftragnehmer und wird entsprechend für die nächsten Auftragnehmer dieser Rangfolge fortgesetzt.

- 5.5. Die Vergabestelle behält sich vor, den Auftragnehmern nach Zuteilung aller Touren für einen kurzen Zeitraum die Gelegenheit zu geben, Touren im gegenseitigen Einvernehmen untereinander zu tauschen.

6. Einsatz von Nachunternehmern

- 6.1. Die Übertragung von Leistungen oder Teilleistungen auf Nachunternehmer ist grundsätzlich nicht erwünscht und ist nur für solche Nachunternehmer zulässig, die über eine vergleichbare Eignung und Leistungsfähigkeit verfügen und im letztverbindlichen Angebot benannt wurden. Für diese Unternehmen muss eine Verpflichtungserklärung nach den Vergabeunterlagen spätestens nach der Zuschlagserteilung vorgelegt werden. Die Übertragung von Leistungen oder Teilleistungen auf andere Nachunternehmer ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Der Auftraggeber darf die Genehmigung nur aus wichtigem Grund verweigern.

- 6.2. Auf Anforderung des Auftraggebers wird der Auftragnehmer für vorgesehene sowie für zu diesem Zeitpunkt bereits eingesetzte Nachunternehmer die vom Auftraggeber geforderten Erklärungen und Nachweise zu deren Eignung, insbesondere Angaben zum Unternehmen sowie Referenzen mit Kontaktdaten von Ansprechpartnern, die eine Überprüfung durch den Auftraggeber ermöglichen, beibringen. Bringt der Auftragnehmer diese Nachweise nicht unverzüglich bei oder hat der Auftraggeber begründete Zweifel an der Eignung des Nachunternehmers, so wird der Auftragnehmer den Nachunternehmer unverzüglich ersetzen.
- 6.3. Für einen Nachunternehmer haftet der Auftragnehmer in gleicher Weise wie für seine eigenen Leistungen und Arbeitskräfte. Der Auftragnehmer darf mit Nachunternehmern keine ungünstigeren Bedingungen vereinbaren als die mit ihm in diesem Vertrag vereinbarten Bedingungen, insbesondere hinsichtlich der Vergütung und / oder der Leistungen.
- 6.4. Soweit in diesem Vertrag von „Fahr- und Begleitpersonal“, „Personal“, „Mitarbeiter(n)“, „eingesetztem Personal“, „eingesetzten Mitarbeitern“ o. ä. die Rede ist, ist damit sowohl das vom Auftragnehmer unmittelbar eingesetzte Personal als auch das bei den Nachunternehmern eingesetzte Personal gemeint. Die Regelungen dieses Vertrages werden entsprechend angewendet, sofern dies nicht wegen der Eigenart der Regelung ausgeschlossen ist. Der Auftragnehmer stellt insbesondere sicher, dass die Mindestanforderungen an das eingesetzte Fahr- und Begleitpersonal nach Maßgabe der Ziffer 5 der Leistungsbeschreibung (siehe Anlage 1 zu diesem Vertrag) auch von bei Nachunternehmern eingesetztem Personal eingehalten werden, und weist dies auf Anforderung nach. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass der Nachunternehmer nicht dazu berechtigt ist, mittelbare Nachunternehmer (Nach-Nachunternehmer) zu beauftragen.
- 6.5. Der Auftragnehmer hat Personalwechsel möglichst gering zu halten. Der Auftragnehmer stellt in diesem Rahmen sicher, dass durch Krankheit, Urlaub und sonstige Gründe verursachte Personalausfälle nicht zur Beeinträchtigung führen (siehe Ziffer 1.8, 4.3 f. der Leistungsbeschreibung).
- 6.6. Der Auftragnehmer setzt für die Leistung keine Leiharbeitnehmer (Arbeitnehmerüberlassung) ein.

7. Datenschutz, Verschwiegenheit

- 7.1. Der Auftragnehmer hält die jeweils aktuellen datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere das Sozialgeheimnis nach § 35 Sozialgesetzbuch I (SGB I), das Recht zum vertraulichen Umgang mit personenbezogenen Daten nach Art: 29 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) sowie die weiteren Vorschriften zum Sozialdatenschutz (§ 78 SGB X), ein.
- 7.2. Unter personenbezogenen Daten gelten nach Maßgabe des Art. 4 Nr. 1 DS-GVO alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person (im Folgenden „betroffene Person“) beziehen; als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind, identifiziert werden kann. Es wird darauf hingewiesen, dass insbesondere alle Informationen, die die zu befördernden Personen und deren Sorgeberechtigte betreffen, als personenbezogene Daten aufzufassen und entsprechend den datenschutzrechtlichen Bestimmungen (vgl. Ziffer 7.1) sowie den Vorgaben dieses Vertrages zu behandeln sind.
- 7.3. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auch nach Beendigung des Auftrags den Auftrag sowie sämtliche ihm hierdurch zur Kenntnis erlangten internen Angelegenheiten, Unterlagen und Informationen sowie sonstige Betriebs- und Geschäftsangelegenheiten des Auftraggebers vertraulich zu behandeln.
- 7.4. Der Auftragnehmer hat geeignete, angemessene Vorkehrungen zu treffen, die im Einklang mit der DS-GVO stehen und sicherstellen, dass Dritte nicht auf solche Informationen, insbesondere personenbezogene Daten, zugreifen können. Darüber hinaus ist der Auftragnehmer verpflichtet, Informationen, insbesondere personenbezogene Daten, die ihm vom Auftraggeber zur Verfügung gestellt worden sind oder die er selbst im Zusammenhang mit der Ausführung des Vertrages verarbeitet hat, zurückzugeben oder datenschutzkonform zu vernichten bzw. löschen, wenn diese zur Vertragserfüllung nicht mehr erforderlich sind, sofern nicht nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Bundesrepublik Deutschland eine Pflicht zur Speicherung bzw. zur Aufbewahrung der personenbezogenen Daten besteht.

- 7.5. Der Auftragnehmer wird in seinem Verantwortungsbereich die innerbetriebliche Organisation so gestalten, dass sie den besonderen Anforderungen des Datenschutzes gerecht wird. Er trifft alle erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen zum angemessenen Schutz der Daten des Auftraggebers nach Maßgabe des Art. 32 DS-GVO.
- 7.6. Der Auftragnehmer hat sämtliche von ihm (unmittelbar oder über einen Nachunternehmer) eingesetzte Personen schriftlich zur Verschwiegenheit und zu einem vertraulichen Umgang insbesondere im Sinne nach Art. 29 DS-GVO hinsichtlich aller Wahrnehmungen zu verpflichten, die sie im Rahmen der Beförderungsleistung oder im Zusammenhang damit machen. Diese Verpflichtung ist zu Vertragsbeginn und bei Einsatz weiteren Personals vor dessen erstem Einsatz und auf Anforderung jederzeit während der Vertragslaufzeit nachzuweisen.
- 7.7. Dem Auftragnehmer ist es insbesondere untersagt, personenbezogene Daten über Instant-Messaging-Dienste, wie etwa WhatsApp und Facebook Messenger, oder mittels weiterer Sozialer Medien zu verarbeiten. Dazu gehört jedwede interne und externe Kommunikation über Instant-Messaging-Dienste, die die Tourenpläne, Routen oder Detailpläne oder einzelne zu befördernde Personen und deren Gesundheitszustand betreffen. Es ist insbesondere unzulässig, dass diese Pläne und Informationen über Instant-Messaging-Dienste oder Soziale Medien einzelnen Fahrern übermittelt werden.
- 7.8. Personen, die gegen die in Ziffer 7.1 ff. genannten Verpflichtungen verstoßen, hat der Auftragnehmer unaufgefordert und unverzüglich durch geeignete andere Personen zu ersetzen.

8. Veröffentlichung im Transparenzregister

Dieser Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG) und wird nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht werden. Zudem kann er Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG werden. Der Vertrag wird nach § 10 Abs. 2 S. 1 HmbTG frühestens einen Monat nach Veröffentlichung im Informationsregister wirksam werden. Der öffentliche Auftraggeber kann während dieser Zeit jederzeit von diesem Vertrag ohne Angabe von Gründen und ohne Rechtsfolge zurücktreten.

9. Qualitätskontrollen

- 9.1. Der Auftraggeber hat das Recht, Qualitätskontrollen nach eigenem Ermessen und auch verdeckt durchzuführen oder durch einen von ihm Beauftragten durchführen zu lassen. Diese Kontrollen erfolgen anlassbezogen oder anlassunabhängig und in der Regel stichprobenweise. Zudem behält sich der Auftraggeber das Recht vor, zur Kontrolle der vertragsgemäßen Durchführung bei einzelnen Touren mitzufahren.
- 9.2. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, vom Auftraggeber angezeigte Mängel unverzüglich zu beseitigen. Der Auftraggeber bestimmt hierfür in der Regel eine angemessene Frist zur Behebung der angezeigten Mängel. Ein Austausch ungeeigneten Personals, eine Reinigung der Fahrzeuge und die (Wieder-)Herstellung eines verkehrssicheren Zustands der Fahrzeuge oder gleichwertiger Mängel erfolgt vor der nächsten Fahrt.
- 9.3. Erfolgt die Mängelbeseitigung nicht in dieser Weise, so ist der Auftraggeber berechtigt, für die Beförderung einen Dritten auf Kosten des Auftragnehmers zu beauftragen.

10. Rechte bei Mängeln, Haftung, Ausschluss von Fahrern/Begleitpersonal

- 10.1. Erfolgt die Beförderungsleistung für die zu befördernden Personen nicht oder teilweise nicht zu den vertraglich vereinbarten Bedingungen, einschließlich des Auftragsdurchführungskonzepts und des Nachhaltigkeitskonzepts, stehen dem Auftraggeber die werkvertraglichen Mängelrechte nach §§ 634 ff. BGB zu.
- 10.2. Der Auftraggeber haftet nicht für Schäden, die dem Auftragnehmer, seinen Mitarbeitern oder seinen Erfüllungsgehilfen durch Fahrgäste entstehen.
- 10.3. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von etwaigen Ansprüchen von Fahrgästen und Dritten frei, die im Zusammenhang mit der in diesem Vertrag vereinbarten Leistung erhoben werden.
- 10.4. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sich, sein Fahr- und Begleitpersonal und die zu befördernden Personen nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen zu versichern.

10.5. Der Auftraggeber hat jederzeit das Recht, einzelne Fahrer oder Begleitpersonen von der Erbringung der geschuldeten Leistung auszuschließen, wenn er der Ansicht ist, dass dies wegen groben Fehlverhaltens der entsprechenden Person erforderlich ist. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, einmal ausgeschlossene Fahrer oder Begleitpersonen nicht wieder für die Ausführung der Beförderungsleistungen einzusetzen. Etwaige und insbesondere zusätzliche Kosten, die in diesem Zusammenhang dem Auftragnehmer entstehen können, trägt der Auftragnehmer.

11. Vertragsstrafe

Bei Verstößen gegen die Bestimmungen dieses Vertrages kann der Auftraggeber eine nach Art und Umfang angemessene Vertragsstrafe verlangen. Der Umfang dieser Vertragsstrafe ist auf maximal 5 % des jährlichen Gesamtvolumens dieses Vertrages pro Jahr beschränkt. Die Vertragsstrafe wird nicht auf Schadensersatzansprüche des Auftraggebers angerechnet.

12. Versicherungen

12.1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für seine Leistungen und die von ihm eingesetzten Personen eine Haftpflichtversicherung mit angemessenen Deckungssummen je Schadensfall und insgesamt (Deckungssumme von EUR 5 Mio. pauschal für Personen- und Sachschäden, 2-fach maximiert p. a. und für Vermögensschäden mit einer Deckungssumme von EUR 100.000, 2-fach maximiert p. a.) während der gesamten Vertragsdauer aufrechtzuerhalten. Dem Auftraggeber ist ein entsprechender Nachweis zu Vertragsbeginn und auf Anforderung darüber hinaus während der Vertragslaufzeit vorzulegen.

12.2. Außerdem hat der Auftragnehmer eine angemessene Kfz-Haftpflichtversicherung pro Fahrzeug mit einer pauschalen Deckungssumme für Personen-, Sach- und Vermögensschäden von EUR 100 Mio. pauschal p.a., maximale Entschädigungsleistung bei Personenschäden pro Person EUR 8 Mio. abzuschließen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, das von ihm eingesetzte Personal nach § 28a Sozialgesetzbuch Viertes Buch (SGB IV) und nach dem Aufwendungsausgleichsgesetz (AAG) zu melden und die Beiträge gemäß den gesetzlichen Vorschriften abzuführen. Zudem besteht die Verpflichtung, dieses Personal auch zur gesetzlichen Unfallversicherung beim zuständigen Unfallversicherungsträger anzumelden und die Beiträge abzuführen. Der Auftragnehmer ist dafür verantwortlich, dass die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft beachtet werden. Der Auftragnehmer hat dies auf Anforderung des Auftraggebers nachzuweisen. Gleiches gilt für Mitarbeiter vom Auftragnehmer eingesetzter Nachunternehmer. Der Nachweis gegenüber dem Auftraggeber obliegt auch hier dem Auftragnehmer.

13. Vergütung, Aufrechnung, Zahlungsmodalitäten

- 13.1. Die Vergütung richtet sich nach Ziffer 8 der Leistungsbeschreibung (Anlage 1 zu diesem Vertrag) und dem Preisblatt.
- 13.2. Der Auftraggeber ist berechtigt, eigene Forderungen gegen den Auftragnehmer aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertragsverhältnis durch einfache Erklärung nach § 388 BGB gegen Forderungen des Auftragnehmers aufzurechnen.
- 13.3. Ein Zurückbehaltungsrecht besteht für den Auftragnehmer nur, wenn seine Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt oder unbestritten sind.
- 13.4. Die Vergütung versteht sich einschließlich der gesetzlichen Umsatzsteuer (sog. „**Bruttovereinbarung**“). Eine Anpassung des gesetzlichen Umsatzsteuersatzes führt nach einer entsprechenden Ankündigung durch den Auftragnehmer zu einer entsprechenden Anpassung der Vergütung.

14. Regelungen zum Mindestlohn

- 14.1. Der Vergütung liegen Mindestlöhne und für allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, soweit diese für die Leistung anwendbar sind, sowie andere für den Auftragnehmer verbindliche Vereinbarungen zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe zugrunde.

Ein Tarifvertrag ist allgemeinverbindlich, wenn das Bundesministerium für Arbeit- und Soziales dafür eine Allgemeinverbindlicherklärung nach dem Tarifvertragsgesetz, eine Rechtsverordnung nach dem Arbeitnehmer -Entsendegesetz oder eine Rechtsverordnung nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz dafür erlässt.

14.2. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass alle von ihm eingesetzten Personen (einschließlich der über Nachunternehmer eingesetzten Personen) den geltenden Mindestlohn, die geltenden Mindestentgeltsätze gemäß anwendbaren Tarifverträgen und anderer für ihn bzw. den ausführenden Nachunternehmer verbindlicher Regelungen über Mindestentgelte vollständig und pünktlich erhalten sowie dass die für diese Personen und für die Leistung im Übrigen vom jeweiligen Arbeitgeber und vom Auftragnehmer zu entrichtenden Abgaben vollständig und pünktlich abgeführt werden.

14.3. Der Auftragnehmer stellt außerdem sicher, dass für die von ihm eingesetzten Personen alle weiteren aus dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz sowie anderen für den jeweiligen Arbeitgeber verbindlichen Regelungen folgenden Pflichten eines Auftraggebers zur Gewährung von angemessenen Arbeitsbedingungen erfüllt werden. Der Auftragnehmer weist die Einhaltung der vorstehenden Sätze auf Verlangen des Auftraggebers nach.

14.4. Der Auftragnehmer zahlt mindestens die genannten Löhne/Gehälter gemäß Ziffer 14.1 und die darauf anfallenden Abgaben. Der Auftragnehmer ist damit einverstanden, dass der Auftraggeber selbst oder durch einen Beauftragten anlassbezogen und anlassunabhängig Stichproben zur Einhaltung des Satzes 1 durchführt und die vom Auftragnehmer eingesetzten Personen selbst oder durch einen Beauftragten befragt.

15. Preisanpassungsklausel

15.1. Beginnend mit dem Schuljahr 2026/2027 erfolgen schuljährlich Preisanpassungen auf den in der Tagespauschale für das Fahrzeug enthaltenen Anteil der Fahrzeugkosten und die Leistungskilometer. Die Preisanpassungen werden durch die Auftraggeberin anhand der nachfolgend aufgeführten Indexwerte ermittelt und zum 01.08. eines Jahres umgesetzt. Ein Antrag ist nicht erforderlich. Eine rückwirkende Preisanpassung erfolgt nicht.

Preisanpassungen auf den in der Tagespauschale für das Fahrzeug enthaltenen Anteil der Fahrzeugkosten erfolgen in Abhängigkeit der prozentualen Entwicklung des vom Statistischen Bundesamt festgelegten Verbraucherpreisindex Verkehr (CC13-07).

Preisanpassungen auf die Leistungskilometer erfolgen in Abhängigkeit der prozentualen Entwicklung des vom Statistischen Bundesamt festgelegten Verbraucherpreisindex Kraft- und Schmierstoffe für Fahrzeuge (CC13-0722).

Die Preise verändern sich um den Prozentsatz, um den sich der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Jahresdurchschnittswert vom vorletzten Kalenderjahr auf das letzte Kalenderjahr verändert hat.

15.2. Im Fall einer Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes erfolgt eine Preisanpassung auf den in der Tagespauschale für das Fahrzeug enthaltenen Anteil der Personalkosten sowie auf die Tagespauschale für Begleitpersonal. Die Preisanpassung gilt unmittelbar ab Inkrafttreten der Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes. Diese Preise steigen um den Prozentsatz, um den der zuvor geltende gesetzliche Mindestlohn auf den neuen gesetzlichen Mindestlohn erhöht wurde.

15.3. Haben sich andere Preisfaktoren, die für die Festsetzung der Preise maßgebend waren, seit Vertragsschluss so wesentlich verändert, dass einer Vertragspartei das Festhalten an der ursprünglichen Fassung der Vereinbarung nicht zuzumuten ist, so kann diese Vertragspartei eine Anpassung der Vertragspreise an die geänderten Verhältnisse beantragen. Eine solche Anpassung der Preise ist einmal pro Vertragsjahr zulässig.

16. Anpassungen der Leistung oder Änderung des Leistungsumfangs

16.1. Der Auftraggeber hat das Recht, den Leistungsumfang zu verändern, zu erweitern oder zu reduzieren. Eine Änderung, Erweiterung oder Reduktion des Leistungsumfangs kann der Auftragnehmer zurückweisen, wenn diese Anpassungen für ihn unzumutbar sind. Eine Anpassung ist insbesondere dann unzumutbar, wenn der Gewerbebetrieb des Auftragnehmers auf die geänderte Leistung nicht ausgerichtet und eine Vergabe der Leistung an Unterauftragnehmer nur unter erheblichen Schwierigkeiten für ihn möglich ist.

16.2. Wird bei Änderung der Leistung oder anderen Anordnungen des Auftraggebers eine erhöhte Vergütung beansprucht, so muss der Auftragnehmer dies dem Auftraggeber unverzüglich vor Ausführung, möglichst der Höhe nach, schriftlich anzeigen. Sofern die Anpassung der Leistungen bzw. eine Änderung des Leistungsumfangs mit Mehrkosten durch in der Risikosphäre des Auftraggebers liegende Umstände verbunden ist, gelten die Regelungen in Ziffer 15 dieses Vertrages entsprechend.

16.3. Das nachträgliche Ausscheiden eines oder mehrerer Mitglieder aus einer Auftragnehmergemeinschaft oder der Eintritt eines oder mehrerer neuer Unternehmen in eine Auftragnehmergemeinschaft während der Vertragslaufzeit sind dem Auftraggeber mit einem Vorlauf von drei Monaten anzuzeigen. Bei Änderung oder Beendigung der Auftragnehmergemeinschaft hat der Auftragnehmer die Eignung erneut gemäß den Vorgaben der Vergabeunterlagen nachzuweisen. Gelingt dies dem Auftragnehmer nicht, so hat der Auftraggeber das Recht, den Vertrag aus wichtigem Grund zu kündigen.

17. Vertragslaufzeit und Option

17.1. Dieser Vertrag tritt vorbehaltlich Ziffer 8 mit Zuschlag in Kraft. Die Leistungszeit beginnt mit dem Beginn des Schuljahres 2025/2026 und zwar am ersten Schultag nach den Sommerferien 2025. Sie endet mit Ablauf des Schuljahres 2030/2031 und zwar am letzten Tag der Sommerferien 2031. Maßgeblich sind für die Leistungszeit und die Tage mit bzw. ohne Beförderungsdienst die von der Kultusministerkonferenz beschlossenen Schulfriertermine für Hamburg.

17.2. Der Vertrag verlängert sich um zwei weitere Jahre, wenn er nicht mit einer Frist von neun Monaten vor Vertragsende von dem Auftraggeber gekündigt wird, er endet jedoch spätestens mit Ablauf des Schuljahres 2032/2033 und zwar am letzten Tag der Sommerferien 2033.

18. Kündigungsrecht

18.1. Der Vertrag kann vom Auftraggeber zum Ende eines Schuljahres mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden, wenn sich die Verhältnisse (etwa aufgrund politischer Vorgaben) geändert haben.

18.2. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung des Vertrages oder einer einzelnen Tour aus wichtigem Grund bleibt für beide Parteien unberührt.

18.3. Ein wichtiger Grund, der zu einer außerordentlichen Kündigung des Vertrages oder einer einzelnen betroffenen Tour seitens des Auftraggebers berechtigt, liegt insbesondere dann vor, wenn

- der Auftragnehmer den Mitarbeitern seines Betriebes die ihnen tariflich oder gesetzlich zustehenden Leistungen ganz oder teilweise vorenthält, oder wenn er in sonstiger Weise gegen tarifliche Bestimmungen oder Vorschriften verstößt;
- nicht alle Steuern und Sozialabgaben auf Löhne / Gehälter abgeführt werden;
- der Auftragnehmer ohne vorherige Zustimmung des Auftraggebers Unterauftragnehmer oder Leiharbeitnehmer einsetzt;
- das von dem Auftragnehmer unmittelbar oder über Nachunternehmer eingesetzte Personal nicht oder nicht rechtzeitig die vollständigen vereinbarten Löhne/Gehälter und weiteren Leistungen erhält, insbesondere die für den jeweiligen Arbeitgeber verbindlichen Tariflöhne, Mindestlöhne und weiteren Leistungen;
- der Auftragnehmer den geforderten Versicherungsschutz nicht oder nicht mehr aufrecht hält;
- der Auftragnehmer nicht bis zum Beginn der Vertragslaufzeit ein Zertifikat gemäß Ziffer 3.8 der Leistungsbeschreibung und auch im Übrigen vereinbarungsgemäß vorlegt und/oder den Nachweis der jeweiligen Re-Zertifizierung auch trotz Mahnung mit Nachfristsetzung nicht führt;
- der Auftragnehmer Touren und Sonderfahrten aus Gründen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, insbesondere aufgrund nicht verfügbaren Fahr- und Begleitpersonals oder fehlender Fahrzeuge, nicht oder nicht auftragsgemäß durchführt. Sofern der Auftragnehmer eine Tour zugewiesen bekommt, bei der eine Begleitung zu stellen ist, ist der Auftragnehmer verpflichtet, diese zu den festgelegten Konditionen anzubieten und fortlaufend zur Verfügung zu stellen. Falls dies nicht möglich ist, kann die einzelne Tour – nicht jedoch die Rahmenvereinbarung – vom Auftraggeber gekündigt werden;
- Tourenanpassungen durch Auftragnehmer abgelehnt werden
- wiederholt Fahrten nicht auf den vorgesehenen Strecken erfolgen, nicht in der nach der Tourenplanung vorgesehenen Zeit oder in anderer Weise nicht in der vereinbarten Art und Weise ausgeführt werden und der Auftragnehmer trotz schriftlicher Abmahnung keine Abhilfe schafft;
- die vom Auftragnehmer erbrachte Leistung wesentlich mangelhaft ist;

- der Auftragnehmer wiederholt gegen die Bestimmungen dieses Vertrages, insbesondere gegen die Anforderungen aus der Leistungsbeschreibung (Anlage 1 zu diesem Vertrag), verstößt und den Verstoß auch nach Mahnung durch den Auftraggeber nicht abstellt, oder
- sonstige schwerwiegende Gründe vorliegen.

18.4. Sofern eine Tour wegfällt, endet auch der jeweilige Einzelauftrag.

18.5. Kündigungen sind in Brief- oder Telefax-Form sowie per E-Mail wirksam.

19. Schlussbestimmungen

19.1. Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Auf das Schriftformerfordernis kann nur durch schriftliche Vereinbarung verzichtet werden. Mündliche Nebenabreden zu diesem Vertrag bestehen nicht.

19.2. Jegliche Änderungen auf Auftragnehmerseite, die Einfluss auf die Leistungserbringung, die Zuverlässigkeit oder Bonität des Auftragnehmers haben können, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich anzuzeigen, auch wenn diese Änderungen keine Vertragsänderungen bewirken oder erfordern. Auf entsprechende Nachfragen hat er unverzüglich angemessene Auskunft zu geben.

19.3. Auf diesen Vertrag findet deutsches Recht Anwendung. Ausschließlicher Gerichtsstand für alle aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag entstehenden Rechtsstreitigkeiten ist Hamburg sofern nicht durch zwingendes Recht ein anderer Gerichtsstand bestimmt ist.

19.4. Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages ganz oder teilweise rechtsunwirksam sein oder werden, so bleiben die übrigen Bestimmungen in Kraft. Die unwirksame Bestimmung ist dem Sinn und Zweck dieses Vertrages entsprechend durch eine wirksame Bestimmung zu ersetzen, die in ihrer wirtschaftlichen Auswirkung derjenigen der unwirksamen Bestimmung so nahe wie möglich kommt. Gleiches gilt für den Fall von Lücken in dem Vertrag.

Anlage 2

Liste der zugeteilten Touren

